

O-Töne

„Auf Initiative und Druck der SEEBRÜCKE und breiter Kreise der Gesellschaft haben sich die Hamburger Bürgerschaft und der Senat vor einem Jahr zum "Sicheren Hafen" erklärt. Aber das ist von SPD und GRÜNEN bisher nur ein Lippenbekenntnis geblieben. Für Geflüchtete, wie auch für alle anderen Migranten und Minderheiten unserer Stadt ist unser sicherer Hafen erst dann verwirklicht, wenn die Forderungen unseres Bündnisses für eine Solidarische Stadt Hamburg erfüllt sind - wie ihr aktives Eintreten für sichere Fluchtwege, Gleichbehandlung aller Minderheiten in unserer Stadt und das Ende des institutionellen Rassismus. Die SEEBRÜCKE gehört deshalb zu den Erstunterzeichnern der Forderungen der Solidarischen Stadt Hamburg. Wir werden nicht nachlassen, sie solange massiv in die Öffentlichkeit zu tragen, bis die Regierenden unserer Stadt Ihr Versprechen erfüllt haben.“
(**SEEBRÜCKE HAMBURG**, im November 2019.)

„Für ein solidarisches Hamburg sollte der Hamburger Senat die „Schuldenbremse“ streichen, denn diese dient als Türöffner für die weitere Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und als Vorwand, den notwendigen sozialökologischen Umbau zum Klimaschutz zu verhindern. Ebenfalls sollte er die Ratifizierung von CETA im Bundesrat verhindern, denn CETA sieht Gewinngarantien für global agierende Unternehmen bei gleichzeitigem Entzug demokratischer Einflussnahme vor.“
(**Attac Hamburg**, November 2019)

„Unser Ziel: Eine Solidarische Stadt Hamburg, aus der keine Menschen abgeschoben werden und in der alle, unabhängig von Aufenthaltsstatus und Einkommen, die gleichen Rechte und Zugänge zu öffentlicher Versorgung haben.“ (AG **Solidarische Stadt Hamburg**)

„Ich freue mich, dass Ihr in Hamburg diese Initiative ergreift. Es ist wirklich eine Schande, dass Europa die Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Elend fliehen, im Mittelmeer ertrinken lässt. Das muss sich ändern. Deutschland und Hamburg, die durch globalen Handel so reich geworden sind, müssen endlich Verantwortung übernehmen. Ich unterstütze die Initiative "Solidarische Stadt Hamburg" von ganzem Herzen.“
(**Esther Bejarano, Vorsitzende des Auschwitz-Komitees Deutschland**)

„Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes wurde von Widerstandskämpfer*innen und Verfolgten gegründet. Etliche von ihnen haben nur überlebt, weil sie in anderen Ländern Zuflucht gefunden haben. Allerdings mussten auch viele von ihnen mit der schmerzlichen Erinnerung leben, dass Verwandte und Freunde diesen Schutz nicht erhalten haben und deswegen zu den Millionen von den Deutschen Ermordeten gehören. Wir meinen, es ist höchste Zeit, von der menschenverachtenden Abschottung Europas abzurücken und Menschen auf der Flucht in Hamburg willkommen zu heißen. Das Tor zur Welt darf keine Einbahnstraße sein!“ (Cornelia Kerth, **Bundvorsitzende Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten**)

"Es begann vor 3 1/2 Jahren, als das Lager Idomeni geräumt worden war, mit einem Offenen Brief "Hamburg hat Platz!", den der Ottenser Gesprächskreis zu Flucht und Migration (OGFM) auf einer Veranstaltung dem Senat übergab. Darin wurde gefordert, sofort 1000 Flüchtlinge aus Griechenland nach Hamburg zu holen. Aus dem Offenen Brief wurde eine online-Petition, die von 4600 Einzelpersonen und 35 Organisationen und Gruppen unterstützt wurde. Anfang 2017 schlossen sich die AG Kirchliche Flüchtlingsarbeit, Attac, das Bündnis Hamburger Flüchtlingsinitiativen (BHFI), der Flüchtlingsrat und der OGFM zusammen zum "Aktionskreis Hamburg Hat Platz" (AHHP), um die Forderung eines Landesaufnahmeprogramms durchzusetzen.

Wir sind froh, dass sich mittlerweile fast die doppelte Anzahl von Gruppen nicht nur für die freiwillige Aufnahme zusätzlicher Geflüchteter in Hamburg, sondern für ein solidarisches Zusammenleben aller Stadtbewohner - egal, welche Papiere, welche Hautfarbe, welche sexuelle Orientierung, welche Weltanschauung und welches Einkommen sie haben. Der Senat, der Hamburg zum "Sicheren Hafen" erklärte, muss nun endlich seinen Ansprüchen gerecht werden!" (**Harald Möller-Santner (AHHP und OGFM)**)

"Das transnationale Netzwerk Alarmphone arbeitet im „Palermo-Prozess“ zusammen mit zivilgesellschaftlichen Initiativen, Seenotrettungs-Organisationen wie Sea-Watch und Jugend Rettet, aktivistischen Netzwerken und Vertreter*innen von europäischen Gemeinden und Städten daran, ein inklusives Projekt von Europa zu verwirklichen. Im Geist der Charta von Palermo von Bürgermeister Leoluco Orlando haben sich besonders Städte und Gemeinden Europas, die ihre eigene Migrationsgeschichte nicht vergessen haben, dem Palermo-Prozess angeschlossen. In vielen Vierteln, Städten und Regionen ist alltägliche Solidarität aller Bürger*innen – alter wie neuer – längst Realität. Die restriktive, tödliche Abschottungspolitik Europas wird auf internationaler und lokaler Ebene hundertfach überwunden, unterlaufen, transformiert und wir kennen viele Praxen, die ein solidarisches Miteinander in unseren Städten seit Jahren jeden Tag umsetzen – sie sind lange gelebte Realität. Die Solidarische Stadt Hamburg gibt es schon und auch Hamburg hat eine eigene Auswanderungsgeschichte – in diesem Sinne: adelante!" (**Miriam Edding, Alarmphone**)